

DIE NATO NACH CHICAGO: SMARTE RHETORIK UND VIELE OFFENE FRAGEN

Der NATO-Gipfel in Chicago drehte sich um Fragen der Verteidigungsfähigkeit und der Afghanistanpolitik. Die Idee von Smart Defence als Antwort auf schrumpfende Verteidigungsbudgets ist zwar bestechend, ihre Umsetzung bleibt aber schwierig. Bezüglich Nuklearstrategie und Raketenabwehr demonstrierte das Bündnis Einigkeit, ohne dass die politischen Kontroversen in diesen Themenbereichen entschärft worden wären. Angesichts der wachsenden Interventionsmüdigkeit droht der Allianz nach der ISAF-Operation eine Orientierungskrise – mit Folgen auch für Partnerstaaten wie die Schweiz.



Schweigeminute am NATO-Gipfel in Chicago, 20. Mai 2012.

Reuters / Chris Wattie

NATO-Gipfel bieten den Alliierten jeweils die Gelegenheit, aktuelle sicherheitspolitische Themen und strategische Grundfragen zu erörtern. Dabei tritt das Erfordernis, auf höchster politischer Ebene trotz wachsender Divergenzen der Mitgliedstaaten die Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit der NATO zu demonstrieren, immer deutlicher in den Vordergrund. Das hat der jüngste Gipfel vom 20. und 21. Mai 2012 in Chicago deutlich gemacht. Im Vergleich zum letzten Gipfel in Lissabon fielen die Abschlusserklärungen diesmal allerdings weniger ambitioniert aus. Chicago war ein Arbeitsgipfel, wegweisende Entschlüsse wurden kaum gefällt.

Dies hängt einerseits damit zusammen, dass in Chicago in manchen Themenbereichen hauptsächlich Umsetzungsfragen zu Lissabonner Beschlüssen im Zentrum standen. Andererseits fand der Gipfel unter aussergewöhnlich schwierigen Vorzeichen statt. Die Finanz- und Schuldenkrise

resultiert in den meisten Bündnisstaaten in abnehmenden Verteidigungshaushalten. Gleichzeitig nimmt die Interventionsmüdigkeit in den USA wie in Europa zu. Angesichts des Primats des wirtschaftlichen Krisenmanagements in vielen Staaten ging es beim Gipfel denn auch hauptsächlich um eine sicherheitspolitische Besitzstandswahrung in einem schwieriger werdenden Umfeld.

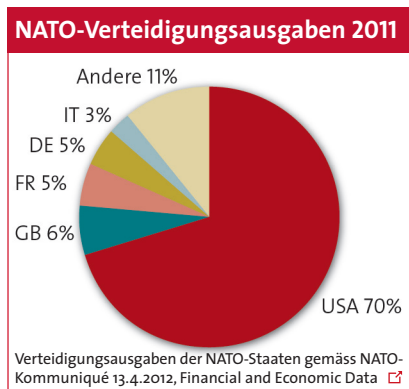
Diese Rahmenbedingungen prägten auch die Selektion der Schlüsselthemen in Chicago. Konzentrierten sich die Debatten am Gipfel 2008 auf die NATO-Erweiterung, 2009 auf die NATO-EU Beziehungen und 2010 in Lissabon auf das neue strategische Konzept, so nahm in diesem Jahr einerseits die Frage der *Verteidigungsfähigkeit* der NATO viel Raum ein. In diesem Zusammenhang bekannte sich die NATO zu verstärkten Kooperationsbemühungen in der Entwicklung und Verwendung militärischer Fähigkeiten im Sinne von «Smart Defence». Auch bekräftigte sie ihr Festhal-

ten an Nuklearwaffen, inklusive nichtstrategischer US-Kernwaffen in Europa, als zentraler Bestandteil ihrer Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie. Zudem erklärte sie die Teilbereitschaft ihres in Lissabon beschlossenen Raketenabwehrsystems. Andererseits prägten *Afghanistan* und die damit verbundenen Fragen des Abzugs der Kampftruppen und des Engagements nach 2014 die Debatten in Chicago, wobei der Gipfel diesbezüglich auch im Zeichen des amerikanischen Wahlkampfs stand.

Erwartungsgemäss kaum diskutiert wurden hingegen die Kernfragen nach dem künftigen Selbstverständnis der NATO und deren inhaltlichen und geographischen Prioritäten. Diesbezüglich steht die NATO aber nur zwei Jahre nach ihrem neuen strategischen Konzept bereits wieder vor schwierigen Entscheiden. Entsprechende Kurskorrekturen dürften diesmal allerdings eher implizit und aufgrund von Sachzwängen statt im Rahmen von Gipfelbeschlüssen erfolgen.

Wieviel Smart Defence?

Der wachsende Finanzdruck stellt auch für die Allianz auf absehbare Zeit eine zentrale Herausforderung dar. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat die NATO eine Reihe von Reformen an der Kommandostruktur, ihrem Hauptquartier und ihren Agenturen in Angriff genommen. Angestrebt wird eine Effizienzsteigerung trotz schlanker Budgets. Von weit grösserer Tragweite als diese institutionellen Reformen sind aber die analogen Bemühungen der NATO, mittels einer verstärkten Kooperation der Mitgliedstaaten im Bereich der militärischen Fähigkei-



ten die Handlungsfähigkeit der Allianz auch in Zeiten der Austerität wahren zu können.

Mit der sogenannten «Smart Defence» als Leitkonzept strebt die NATO eine neue Verteidigungskultur an, im Rahmen derer die Zusammenarbeit in der Entwicklung und Verwendung militärischer Fähigkeiten weit mehr betont werden soll als bisher. Zu diesem Konzept gehören auch eine Priorisierung bedrohungsgerechter Fähigkeiten und eine Spezialisierung einzelner Staaten auf besonders nachgefragte Leistungen. Auch hier steht der Gedanke im Zentrum, mit weniger Geld mehr Output zu erzielen. Aus europäischer Sicht geht es zudem darum, mit Smart Defence der amerikanischen Kritik bezüglich einer mangelnden Lastenverteilung zu begegnen. Tatsächlich machte der US-Anteil an den Verteidigungsausgaben aller 28 NATO-Staaten 2011 70% aus. Nur die USA, Grossbritannien und Griechenland erreichen dabei die vereinbarte Zielgrösse von 2% des BIP.

In Chicago hat die NATO auf einige Vorzeigeprojekte von Smart Defence wie die nach dem Rotationsprinzip organisierte Luftraumüberwachung im Baltikum oder die Raketenabwehr hingewiesen. Zudem einigten sich die Staaten auf eine Liste von etwa 20 neuen Kooperationsprojekten. So wollen z.B. mehr als ein Dutzend Staaten gemeinsam ein drohnenbasiertes Bodenaufklärungssystem aufbauen. Insgesamt sind die Smart Defence-Initiativen allerdings unter den Erwartungen mancher Befürworter dieses Ansatzes geblieben.

Auch wenn die Grundidee von Smart Defence überzeugt, ist die Umsetzung des Konzepts sehr schwierig. Smart Defence erfordert viel Vertrauen in den Handlungswillen von Partnerstaaten und geht mit eigenen Souveränitätsverlusten einher. Nationale bürokratische und rüstungsindustrielle Partikulärinteressen stehen einer effektiven zwischenstaatlichen Kooperation

oft im Wege. Hinzu kommt, dass die USA Smart Defence allzu rasch mit dem Kauf amerikanischer Rüstungsgüter gleichsetzen. Die Akzeptanz und Tragfähigkeit des analogen «Pooling and Sharing»-Konzepts der EU sind vor diesem Hintergrund eher höher einzustufen. Allerdings wurde in Chicago zu Recht festgehalten, dass die beiden Initiativen komplementär sind und nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten.

Vertagung heikler Entscheide im Nuklearbereich

Die Fragen nach dem adäquaten Verhältnis und der Stationierung von nuklearen und konventionellen Fähigkeiten unter Einschluss der Raketenabwehr wurde seit dem Lissabon-Gipfel eingehend und kontrovers diskutiert. Die damals angeordnete Überprüfung des NATO-Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs wurde nun in Chicago verabschiedet. Im besonders umstrittenen nuklearen Bereich haben die Bündnispartner dabei keine grossen Änderungen vorgenommen.

Die erweiterte nukleare Abschreckung innerhalb der NATO stützt sich auch weiterhin auf die strategischen Arsenale der USA, Grossbritanniens und implizit auch Frankreichs. Dazu kommen geschätzte 200 in Europa gelagerte nichtstrategische Kernwaffen der USA, für die einige Mitgliedstaaten im Rahmen nuklearer Teilhabevereinbarungen entsprechende Trägersysteme zur Verfügung stellen. Forderungen nach einem Abzug dieser heute militärisch weitgehend obsoleten Waffen trug der Gipfel nicht Rechnung. Für viele Staaten stellen die nichtstrategischen Kernwaffen in Europa nach wie vor eine politische Rückversicherung der USA dar. Indem die NATO den Abzug dieser Waffen von reziproken Schritten Russlands abhängig macht, zementiert sie de facto den Status quo, verknüpft Moskau seinerseits solche Verhandlungen doch mit weitreichenden amerikanischen Konzessionen im Bereich der Raketenabwehr.

Die von mancher Seite geforderten negativen Sicherheitsgarantien, wonach die NATO keine Nuklearwaffen gegen nicht-nukleare NPT-Staaten einsetzen würde, die sich an die vertraglichen Bestimmungen halten, finden sich in der Chicago-Erklärung nicht. Stattdessen wird lediglich auf die verschiedenen diesbezüglichen nationalen Bestimmungen der Nuklearmächte USA, Grossbritannien und Frankreich verwiesen. Ebenso fehlt ein eindeutiges Bekenntnis zur vollständigen nuklearen Abrüstung, wie das von mancher Seite gefordert wurde. Auch wenn die NATO die Bedeutung von Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nonproliferation für ihre Sicherheit durchaus anerkennt, tut sie sich mit konkreten Massnahmen in diesem Bereich schwer. Die Nuklearstrategie wird ein Zankapfel innerhalb der Allianz bleiben.

Umstrittene Raketenabwehr

In Chicago haben die NATO-Staaten auch die Erstbefähigung ihrer Raketenabwehr in Europa erklärt. Bis zum Ende des Jahrzehnts soll dieses unter US-Präsident Obama redimensionierte System schrittweise aufgebaut werden und Europa eine Schadensbegrenzungsoption gegenüber ballistischen Raketen ermöglichen. Die NATO erachtet die Raketenabwehr dabei als ergänzende Fähigkeit zu den nuklearen und konventionellen Waffen. Die Zweckmässigkeit und Funktionstüchtigkeit einer Raketenabwehr und der Stellenwert eines solchen Systems im Verhältnis zu den nuklearen Abschreckungsarsenalen bleiben innerhalb der Allianz aber umstritten. Heikle Debatten stehen der NATO auch bezüglich der Kommandostruktur der Raketenabwehr und einer adäquaten europäischen Kostenbeteiligung an diesem System bevor.

Trotz aller Versicherungen, dass die Raketenabwehr nicht gegen Russland gerichtet sei und dessen strategische Abschreckungsfähigkeit nicht beeinträchtigen könne, reagiert Moskau anhaltend gereizt auf die Pläne der NATO. Bemühungen um Transparenz und Vertrauensbildung ge-

Nichtstrategische Kernwaffen der USA in Europa

Land	Luftwaffenstützpunkt	Trägersystem	Anzahl US-Kernwaffen
Belgien	Kleine Brogel	Belgische F-16	10–20
Deutschland	Büchel	Deutsche Tornado	10–20
Italien	Aviano	US F-16	50
	Gheddi Torre	US F-16	10–20
Niederlande	Volkel	Niederländische F-16	10–20
Türkei	Incirklik	US-Kampfflugzeuge (rotierend)	60–70
Total			150–200

Quelle: Norris/Kristensen 2011

genüber Russland bezüglich der Raketenabwehr sind bisher im Sand verlaufen. Stationiert die NATO erst einmal ihre Abfangraketen in Rumänien und Polen, dürften die Spannungen mit Russland weiter zunehmen. Eine ZerreiSSprobe mit Moskau zeichnet sich auch deshalb ab, weil die Aufrüstung der russischen Streitkräfte und die wieder vermehrt antiwestlichen Stellungnahmen der Machthaber im Kreml in manchen Hauptstädten in Europa wachsendes Unbehagen auslösen.

Afghanistan – und dann?

Der bereits in Lissabon vereinbarte Abzug der internationalen Kampftruppen aus Afghanistan bis Ende 2014 und das damit verbundene Ende der ISAF-Mission wurden in Chicago bestätigt. Trotz der Ankündigung Frankreichs, seine Kampftruppen bereits Ende 2012 abzuziehen, konnte ein Wettlauf der truppenstellenden Staaten bezüglich einer möglichst raschen Rückkehr ihrer Soldaten vermieden werden. Gemäss Gipfel-Erklärung der NATO-Staaten und ihrer ebenfalls in Chicago anwesenden 22 ISAF-Partner sollen die afghanischen Sicherheitskräfte nach der Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die Regierung in Kabul 228'500 Personen umfassen. Dieser Wert liegt deutlich unter früheren Zielgrössen und ist wohl mehr finanzpolitischen Sachzwängen als einer sicherheitspolitischen Beurteilung geschuldet.

Eingehend diskutiert auf dem Gipfel wurde das weitere Engagement der NATO nach der ISAF-Mission. Klar ist, dass die internationale Staatengemeinschaft auf absehbare Zeit den Hauptteil der Kosten der afghanischen Sicherheitskräfte wird decken müssen. Wer das hierfür veranschlagte Jahresbudget von \$4,1 Mia. in welchem Umfang finanzieren soll, wird aber noch viel zu reden geben. Hingegen einigte sich die NATO in Chicago darauf, nach 2014 mit einer Nachfolgeoperation zu ISAF auf neuer Rechtsgrundlage militärisch präsent zu bleiben. Im Zentrum stehen dann die Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte. Die Stärke dieser Truppe wurde noch nicht festgelegt, in der NATO zirkulieren derzeit Zahlen zwischen 10'000 und 30'000 Soldaten. Unklar bleibt vorderhand auch, ob künftige US-Operationen zur Terrorbekämpfung in Afghanistan ebenfalls in den NATO-Rahmen integriert werden sollen.

Während die post-ISAF-Afghanistanpolitik der NATO langsam Konturen annimmt, bleiben viele Fragen zur generellen post-

ISAF-Rolle des Bündnisses offen. Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die NATO sukzessive von einem Verteidigungsbündnis in eine global agierende Sicherheitsorganisation gewandelt. Die grossen Krisenmanagement-Operationen im Balkan und am Hindukusch waren dabei eine entscheidende Antriebsfeder für ihre Transformation. Auch haben sie wesentlich dazu beigetragen, dass die NATO im Westen als legitimer und relevanter Sicherheitsproduzent anerkannt blieb. Vor dem Hintergrund der wachsenden Interventionsmüdigkeit und der sich verschlechternden finanziellen Rahmenbedingungen ist allerdings mit grösseren neuen Stabilisierungsoperationen wie im Kosovo oder in Afghanistan auf absehbare Zeit kaum zu rechnen. Im Falle vieler anderer sicherheitspolitischer Herausforderungen wie der Energieversorgung oder der Cybersicherheit wiederum wird die Allianz nur eine unterstützende Rolle einnehmen können.

Die Gefahr einer Orientierungskrise der NATO und der auf Auslandseinsätze getrimmten Streitkräfte ihrer Mitgliedstaaten liegt dabei auf der Hand. Zwar hat die NATO mit der Libyen-Operation im vergangenen Jahr ihre Handlungsfähigkeit einmal mehr unter Beweis gestellt. Die auch in der Libyenkrise offenbaren Schwächen der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik lassen die NATO für anspruchsvolle Einsätze in akuten Phasen von Gewaltkonflikten nach wie vor als alternativlos erscheinen. Gerade Libyen hat aber auch die abnehmende Interventionsbereitschaft vieler NATO-Staaten deutlich gemacht. Bezeichnenderweise wurde die Lage in Syrien am Gipfel von Chicago kaum diskutiert.

Unklarheit herrscht auch bezüglich der künftigen Rolle der USA in der NATO. Die von der Administration Obama eingeleitete strategische Schwerpunktverlagerung vom Atlantik zum Pazifik weckt in Europa

berechtigte Sorgen über den künftigen Stellenwert der NATO in Washington. Zwar werden die USA auch nach dem angekündigten Abzug von zwei ihrer vier in Europa stationierten Brigaden noch immer mit über 30'000 Soldaten in Europa präsent sein. Die auch in den USA sinkenden Verteidigungsausgaben und die damit verbundene Notwendigkeit verstärkter Priorisierungen lassen aber vermuten, dass sich Europa auf eine wachsende strategische Autonomie einstellen muss. Die Libyen-Operation mag ein Vorbote für einen sich beschleunigenden Trend in diese Richtung gewesen sein.

Die Schweiz als NATO-Partner

Anders als in Lissabon ist die Schweiz zum Gipfel von Chicago eingeladen worden. Sie war damit einer von 13 Teilnehmerstaaten, die weder NATO-Mitglied noch ISAF-Truppensteller sind. Mit seiner Teilnahme hat Aussenminister Burkhalter ein Bekenntnis der Schweiz zur kooperativen Sicherheit signalisiert. Im Gegensatz zu manch anderem Vertreter der 13 Staaten gelang es ihm dabei, sich mit einer Rede an die Gipfelteilnehmer zu wenden, wobei er den vom Schweizer Parlament seit 2010 in mehreren Schritten beschlossenen Ausbau der militärischen und zivilen Friedensförderung sowie der Entwicklungshilfe erläuterte.

Die NATO ihrerseits lud die Schweiz wohl erstens aufgrund des Engagements der Swissscoy im Kosovo und zweites mit Blick auf eine Mitfinanzierung des weiteren Staatsaufbaus in Afghanistan ein. Mit der Teilnahme von gegen 30 Nicht-NATO-Partnern in Chicago unterstrich die Allianz zudem den hohen Stellenwert, den sie ihren Partnerschaften beimisst. So zählt das in Lissabon verabschiedete strategische Konzept die kooperative Sicherheit zusammen mit der kollektiven Verteidigung und dem Krisenmanagement zu den Hauptaufgaben der NATO.

NATO-Partnerstaaten: Militärische Beiträge zu ISAF, KFOR und Libyen

(Truppen ISAF / Truppen KFOR); Flugzeuge Libyen-Operation

Partnerschaft für den Frieden: Schweden (500/59); Georgien (800/0); Österreich (3/625); Finnland (176/19); Mazedonien (177/0); Ukraine (23/151); Schweiz (0/151); Armenien (126/0); Aserbaidschan (94/0); Bosnien und Herzegowina (59/0); Montenegro (39/0); Irland (7/12); Kasachstan (0/0); Kirgisistan (0/0); Malta (0/0); Moldawien (0/0); Russland (0/0); Serbien (0/0); Tadschikistan (0/0); Turkmenistan (0/0); Usbekistan (0/0); Weissrussland (0/0).

Mittelmeerdialog: Jordanien (0/0); Marokko (0/101); Algerien (0/0); Ägypten (0/0); Israel (0/0); Mauretanien (0/0); Tunesien (0/0).

Istanbuler Kooperationsinitiative: Vereinigte Arabische Emirate (35/0); Katar (0/0); Bahrain (95/0); Kuwait (0/0).

Globale Partner: Australien (1550/0); Südkorea (350/0); Neuseeland (153/0); Mongolei (113/0); Irak (0/0); Japan (0/0); Pakistan (0/0).

Stand: Mai 2012

Die Partnerschaftspolitik der NATO befindet sich derzeit im Wandel. Die 1994 lancierte Partnerschaft für den Frieden (PfP) und der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPC) haben deutlich an Dynamik verloren, seit die meisten beitragswilligen Staaten NATO-Mitglieder geworden sind. Der Mittelmeerdialog und die Istanbul-Kooperationsinitiative (ICI), der einige Golfstaaten angehören, vermochten nie viel Dynamik zu entfalten und sind heute deutlich weniger institutionalisiert als PfP/EAPC. Gemäss den von den NATO-Aussenministern im April 2011 beschlossenen und von den Regierungschefs in Chicago bestätigten Reformen bleiben diese Gefässe zwar bestehen. Sämtlichen Partnern soll künftig aber ein gemeinsames Partnerschaftskooperationsmenu mit etwa 1'600 Aktivitäten offenstehen, wobei die meisten dieser Aktivitäten auf den PfP-Rahmen zurückgehen. Zudem will die NATO vermehrt auf flexible Konsultationsformate setzen, deren Teilnehmerkreis nicht durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partnerschaft definiert wird.

Die neue Partnerschaftspolitik der NATO orientiert sich stärker an Beiträgen zu Operationen als an politisch-normativen oder geographischen Merkmalen. Sie trägt damit der Erkenntnis der letzten Jahre Rechnung, dass bei Einsätzen ausserhalb des Bündnisgebiets der Zusammenarbeit mit Drittstaaten grosse Bedeutung zukommt. Während in Afghanistan u.a. einige sogenannte «globale Partner» wesentliche Beiträge an das Krisenmanagement der Allianz leisten, wurde bei der Libyen-Operation die Teilnahme einzelner PfP- und ICI-Mitgliedern sehr geschätzt.

Für die Schweiz als Nichtmitglied von NATO und EU ist die NATO-Partnerschaft ein bedeutendes Instrument ihrer Sicherheitspolitik. Zwar hat sie ihre Streitkräfte-transformation seit ihrer PfP-Mitgliedschaft 1996 weit weniger an der NATO ausgerichtet als andere Staaten. Auch ist ihr Beitrag an die internationale Sicherheitsproduktion quantitativ bescheiden geblieben. Dennoch stellt PfP nach wie vor ihre wichtigste Brücke zur europäischen Sicherheitspolitik dar. Die Schweiz gehört heute denn auch zu den aktiveren PfP-Staaten. 2012 beteiligt sie sich an etwa 160 Partnerschaftsaktivitäten, wobei sie selber um die zwei Dutzend Ausbildungskurse anbietet.

Eine Dynamisierung der NATO-Partnerschaftspolitik durch eine geographische

und thematische Ausweitung und mehr Flexibilität ist deshalb durchaus im Interesse der Schweiz. Nachdem der politische Dialog im traditionellen EAPC-Rahmen an Gehalt und Frequenz eingebüsst hat, dürften sich für die Schweiz nun neue Möglichkeiten bieten, sich in die für sie relevanten sicherheitspolitischen Diskussionen einzubringen. Dies könnte noch mehr der Fall sein, sollten laufende Operationen künftig wieder weniger im Zentrum der Partnerschaftskonsultationen stehen. Allerdings würde ein verringertes

Stellenwert des internationalen Krisenmanagements in der NATO wohl auch einen Bedeutungsverlust ihrer Partnerschaften nach sich ziehen.

Verantwortlicher Editor: Daniel Möckli
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexpertin für diese Analyse:
Stéfanie von Hlatky Udvarhelyi
stefanie.vonhlatky@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.css.ethz.ch/cssanalysen

Bisher erschienen



- Nr. 114: Frauen, Frieden und Sicherheit: UNO-Resolution 1325 im Praxistest
- Nr. 113: Der Irak Nach dem US-Abzug: Erneut am Abgrund
- Nr. 112: Schuldenkrise: Folgen für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik
- Nr. 111: PPPs in der Sicherheitspolitik: Chancen und Grenzen
- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme
- Nr. 78: Drohnen: Militärischer Nutzen und politische Debatten
- Nr. 77: Libyenaffäre: Nachbetrachtungen zum Schweizer Krisenmanagement
- Nr. 76: Energiesicherheit: Die Erdgasmärkte im Umbruch
- Nr. 75: Wehrpflicht im europäischen Vergleich
- Nr. 74: Amerikanische Nuklearpolitik: Begrenzter Wandel
- Nr. 73: Die Schwellenmacht Indien vor grossen Herausforderungen
- Nr. 72: Reform des Sicherheitsrats: Ein gordischer Knoten?
- Nr. 71: Cyberwar: Konzept, Stand und Grenzen
- Nr. 70: Brennpunkt Jemen: Schwierige Terrorbekämpfung
- Nr. 69: Europäische Energiepolitik zwischen Versorgungs- und Klimazielen